

Die Bremer Stadtdilettanten

Er könnte weiterregieren, aber er geht lieber: Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen wirft nach der Wahlpleite der SPD die Last des Amtes ab – und hinterlässt ein verwirrtes Publikum.



VON ECKHARD STENDEL

BREMEN. Bis Sonntag 18 Uhr war der Kompass des Bremer Bürgermeisters Jens Böhrnsen noch klar justiert: Seine rot-grüne Koalition mag bei der Bürgerschaftswahl etwas an Fahrt verlieren, werde aber trotzdem ihren Kurs für die nächsten vier Jahre fortsetzen. Und spätestens nach der nächsten Wahl könnte der dienstälteste Regierungschef der Republik mit 69 Jahren in den wohlverdienten Ruhestand gehen.

Seit Montag aber ist im Bremer Rathaus nichts mehr, wie es war: Böhrnsen gibt auf. Der in diesem Ausmaß völlig unerwartete Absturz der Bremer SPD auf ihr schlechtestes Wahlergebnis der Nachkriegszeit hat den Bremer Juristen

schwer getroffen. So schwer, dass er etwas für Politiker völlig Unübliches gemacht hat: Während die CDU-Kandidatin Elisabeth Motschmann gestern Abend noch ihr mageres Ergebnis von 23 Prozent mit den Worten „Wir haben gewonnen“ gnadenlos schönrechnete, erklärte der sachlich-ruhige Böhrnsen, dass er für die neue Wahlperiode nicht wieder als Regierungschef antreten werde. Obwohl er könnte. Für die Wähler war die Verwirrung komplett.

Schließlich hatten neue Hochrechnungen am Morgen ergeben, dass die rot-grüne Mehrheit in der Bürgerschaft nicht in Gefahr ist. Aber Böhrnsen ging es offenbar nicht um den persönlichen Machterhalt. Die Nacht des Zitterns hat etwas mit ihm gemacht. Der 65-jährige

ehemalige Verwaltungsrichter hat wohl zu spät gemerkt, dass immer mehr Wähler seinen präsidialen Amtsstil als Zaudern interpretieren.

„Als Spitzenkandidat der SPD übernehme ich selbstverständlich Verantwortung für das enttäuschende Wahlergebnis für meine Partei“, teilte er um 13.10 Uhr in einer knappen Erklärung mit. So könne die SPD „durch eine persönliche und inhaltliche Neuaufstellung die politischen Weichen für ein besseres Ergebnis bei der nächsten Bürgerschaftswahl 2019 stellen“. So sorgte der 65-Jährige am Tag nach der Wahl für das, was viele während des Wahlkampfes vermisst hatten – für ordentlich Wirbel.

Nach zehn Jahren an der Regierungsspitze geht der dienstälteste Ministerpräsident Deutschlands, obwohl er eigentlich wegen seiner freundlichen, besonnenen Art von den meisten Menschen in der Stadt geschätzt wird. Der gebürtige Bremer mochte es stets bedächtig. Getöse, Internet-Homepage, TV-Duell – all das lehnte der Bürgermeister im Wahlkampf ab. Natürlich müssen gute Politiker keine Showstars sein. Aber etwas stärker öffentlich Profil zu zeigen, wäre in der real existierenden Mediengesellschaft klüger gewesen. Vielleicht ist es diese Einsicht, die die Entscheidung brachte. Druck aus den eigenen Reihen, etwa in eine Große Koalition zu wechseln, soll es nicht gegeben haben. „Er wurde absolut nicht gedrängt“, heißt es in seinem Umfeld.

Böhrnsens unerwarteter Abgang verursacht in Bremen ein mittleres Erdbeben – und könnte auch noch bundespolitisch interessant werden: Denn während Rote und Grüne vor der Wahl immer wieder ihren Willen zum Weiterregieren bekundet hatten, klang das bei SPD-Landesparteichef Dieter Reinken am Montagvormittag plötzlich anders: Möglich sei auch ein Bündnis mit der CDU, bekundete er auf der Landespresskonferenz. „In welche Richtung wir marschieren“, sagte Reinken, werde erst entschieden, wenn das Endergebnis vorliege und analysiert worden sei. „Unser Ziel ist es, dass wir für Bremen etwas Stabiles erreichen.“ Das war vor allem eine



CDU-Spitzenkandidatin Elisabeth Motschmann hingegen erneuerte prompt ihr Koalitionsangebot aus dem Wahlkampf. Auch der stellvertretende CDU-Landespartei-
chef Jens Eckhoff fand: „Wir sehen Rot-Grün als abgewählt. Die Wähler wollen Veränderung.“ Was genau genommen nicht stimmt, weil die Wähler eben doch eine rot-grüne Mehrheit gewählt haben.

Aber derartige Interpretationen des Wählerwillens bekamen gestern in Bremen tatsächlich eine ganz eigene Dynamik. Noch am Sonntagabend wäre jeder für unzurechnungsfähig erklärt worden, der eine CDU-Regierungsbeteiligung in Bremen prophezeit hätte.

Doch nach den ersten Hochrechnungen war die Suche nach den Schuldigen eröffnet. Lag es an der ruhigen Hand, mit der Böhrnsen zu regieren pflegte? Hätte er weniger präsidial auftreten, sich offensiver mit klaren Ansagen in den Wahlkampf einmischen sollen? SPD-Landespartei-
chef Reinken nahm Böhrnsen in Schutz. „Er hat seine Arbeit an der Stelle auch sehr gut gemacht.“

Was war es dann? Reinken und Grünen-Landespartei-
chef Ralph Saxe vermuten, dass viele Wähler verärgert waren über die seit Jahren praktizierte Sparpolitik des Senats. Der extrem verschuldete Stadtstaat muss es irgendwie schaffen, seine Neuverschuldung so herunterzuschrauben, dass er ab 2020 ohne neue Kredite auskommt – die bekannte Schuldenbremse. Da bleibt manches Schlagloch ungestopft und manche Vertretungslehrerstelle unbesetzt.

Und dann ist da noch die Wahlbeteiligung. Ein Stachel im Fleisch aller Parteien. Nur die Hälfte der 500 000 Wahlberechtigten in Bremen und Bremerhaven haben ihre Kreuze gemacht. Vor allem die Arbeitslosen und Geringverdienere haben offenbar resigniert und sehen keine Chance mehr, dass sich die in Bremen besonders große Kluft zwischen Arm und Reich jemals verringern lässt.

Ohne verstärkte Hilfe des Bundes und der anderen Länder wird sich an der maroden Lage nichts ändern. Doch ausgerechnet in einer Phase, wo in Berlin die Weichen für einen neuen Länderfinanzausgleich gestellt werden, steht der Geldempfänger Bremen ohne handlungsfähigen Regierungschef da.

Wer wird nun Regierungschef?

Traditionell eine langfristige Suche: Es kann Wochen dauern, bis sich die SPD auf einen Böhrnsen-Nachfolger geeinigt hat. Bei den Bremer Sozialdemokraten ist es Brauch, dass abdankende Politiker ihren Thronfolger nicht selbst bestimmen. Da wird die Partei befragt, meistens sogar die ganze Mitglieder-schaft. Ein paar Interessierte laufen sich wohl schon heimlich warm – auch wenn der Job des Regierungschefs ohne eigenen Wahlerfolg als undankbar gilt.



Wirtschaftssenator Martin Günthner wird genannt und Fraktionschef Björn Tschöpe oder der Bundestagsabgeordnete Carsten Sieling (Bild oben). Aber vielleicht wird es auch eine Frau. Da böte sich die Staatsrätin Ulrike Hiller (Bild unten) an, seit 2012 Bremer Bevollmächtigte beim Bund. Die würde sich zumindest gut mit dem Länderfinanzausgleich auskennen. Und darauf wird Bremen noch lange angewiesen sein – ganz egal, wer Bremen demnächst regiert.

Der SPD-Landesvorstand wollte noch am Montagabend über die Folgen des Rückzugs beraten. Die Parteil-führung hatte sich bisher darauf verlassen, mindestens noch zwei Jahre Zeit zu haben, einen Nachfolger für den heute 65-jährigen Regierungschef in Stellung zu bringen.

Vorgänger Henning Scherf (SPD) hatte dem damaligen Fraktionsvorsitzenden Böhrnsen im Jahr 2005 zur Halbzeit der Wahlperiode den Weg an die Spitze des Senats frei gemacht. Böhrnsen führte die damalige große Koalition zu Ende und wechselte 2007 dann zu Rot-Grün.



Jetzt auch offiziell: Das neue Gesicht der FDP

VON DIRK SCHMALER

BREMEN. Nun also ist sie FDP-Mitglied. Als Lencke Steiner am Sonntagabend vor die Mikrofone trat, um den Wiedereinzug der FDP in die Bremische Bürgerschaft zu erklären, machte die Spitzenkandidatin zunächst einmal ein Wahlversprechen wahr. Die parteilose Unternehmerin erklärte, sie werde noch am Wahlabend einen Mitgliedsantrag für die Liberalen unterschreiben.

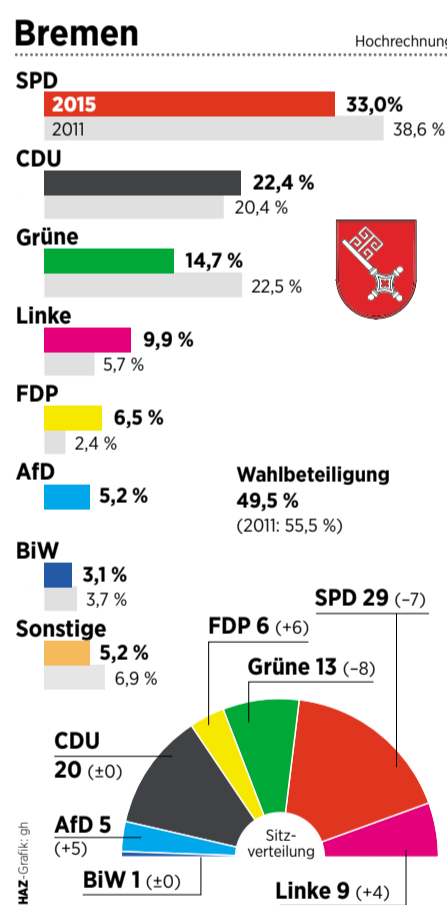
Steiner ist in ihrem Wahlkampf das gegliedert, was zuvor schon Katja Suding in Hamburg geschafft hatte: Beide verhältnismäßig jungen Frauen haben der totgesagten FDP mit frischen Wahlkampagnen den Einzug in die Parlamente gebracht. „Ich hatte gehofft, dass man mehr Menschen abholen kann, wenn man für Inhalte steht und nicht für Parteien“, erklärte Steiner zu ihrer Entscheidung, ohne Parteibuch in den Wahlkampf zu ziehen. Nun freue sie sich auf die Arbeit als Fraktionsvorsitzende.

Die 29-Jährige bringt Führungsqualitäten aus ihrem Berufsleben mit. Sie leitet ein Familienunternehmen. Außerdem ist sie als Bundesvorsitzende des Ver-

bandes „Die Jungen Unternehmer“ regelmäßig Gast in Talkshows. Verheiratet ist sie seit vergangem Jahr mit einem Familienunternehmer aus Nordrhein-Westfalen.

FDP-Partei-
chef Christian Lindner gab sich gestern sichtbar Mühe, die jüngsten Erfolge auf dem Weg zum Wiedereinzug in den Bundestag 2017 nicht überzubetonen. „Wir wissen, dass die größte Wegstrecke noch vor uns liegt“, sagte Lindner. „Aber die Richtung stimmt, wir erhöhen jetzt das Tempo.“ Lindner hob besonders hervor, dass sich die FDP „auch in der schwersten Zeit nach der Niederlage bei der Bundestagswahl sich der Versuchung des Populismus versagt“ habe. Nachdem die FDP nun „etwas mehr Stabilität“ erreicht habe, werde sie „erst recht nicht einen leichten populistischen Weg suchen“.

„Inhalte statt Parteien“: Lencke Steiner.



Der „Puddingmann“ und der Auszug der liberalen Juden aus Israel

Ab nach Berlin: Naor Narkis betreibt in Israel eine Auswanderungsagentur für Israelis – für die einen ist er ein Held, für die anderen ein Verräter

VON ANN-KATHRIN SEIDEL

Naor Narkis fotografiert gern Zettel, Zettel mit Notizen, Einkaufszettel, Botschaften. Mit einem dieser Fotos hat er im Herbst Geschichte gemacht. Es war ein Kassenzettel eines deutschen Discounters. Narkis hatte Schokopudding gekauft, mit Sahnedecke, für 19 Cent. Den Kassenschein hat er bei Facebook gepostet und dazu geschrieben: „Olim le-Berlin! Leute, zieht nach Berlin! Ein Schokopudding kostet hier gerade mal ein Drittel so viel wie bei uns.“ Klingt harmlos, entwickelte sich aber zum Skandal: Naor Narkis ist israeli. Als „Puddingmann“ hat er mit seinem Kassenschein eine wütende, landesweite Diskussion über das viel zu teure Leben in Israel losgetreten. Und sich den Zorn der Politik und vieler Israelis zugezogen.

Aber er hat auch eine Marktische entdeckt: Naor Narkis betreibt heute in Israel ein Auswanderungs-Start-up.

Als der 26-Jährige nach einem halben Jahr Berlin Ende 2014 pleite und erschöpft nach Tel Aviv zurückkehrte, schien es, als habe ihm „Olim le-Berlin“ nichts als Ärger eingebracht. Jetzt lebt er davon. Narkis wohnt wieder in seiner WG in Tel Aviv, der Stadt der Liberalen, der Linkswähler, der Intelligenzija – der Frustrierten. Er hat sich erholt von der



„Was hat Israel zu bieten?“ Nicht mehr viel, befindet Naor Narkis. Foto: Patrizia Schlosser

Medienhetze, die auf seine Facebook-Seite „Olim le-Berlin“ folgte. Olim leitet sich ab von dem hebräischen Wort Aliya, das fast ausschließlich für die Einwanderung nach Israel benutzt wird. Wörtlich übersetzt bedeutet es Aufstieg, aber in ihm schwingt der Gründergeist der Nation mit, die Idee, dass Israel die einzige Heimat für Juden sein kann.

Genau das aber sehen die Anhänger von „Olim leBerlin“ anders. Jede Woche

wollen zwischen 400 und 800 Menschen von Narkis wissen, wie sie an EU-Pässe kommen oder bitten um Hilfe beim Übersetzen von Lebensläufen. Fast täglich fährt er in eine andere Stadt, um Seminare über die Regeln des Auswanderungsprozesses zu halten, organisiert Sprachkurse und beschäftigt Deutsche in Berlin, die Bewerbungsunterlagen übersetzen. „Selbst Leute, die nach Australien oder Kanada auswandern könn-

ten, wollen lieber nach Berlin“, sagt er. Passend zum 50. Jahrestag der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland erreicht der Berlin-Hype bei jungen Israelis neue Höhen.

Die Zeiten, in denen junge Deutsche als Freiwillige in Kibbuzim reisten, israelische Jugendliche aber für Deutschland kaum zu erwärmen waren, sind vorbei. Die Begeisterung ist schon seit Jahren groß. Geschätzte 20 000 Israelis leben inzwischen in Berlin. Es könnten noch mehr werden, wenn man von der Stimmung ausgeht, die seit der Knessetwahl Mitte März in Tel Aviv herrscht. „Viele Linke und Liberale waren sicher, dass Benjamin Netanjahu abtreten muss. Aber das ist nicht passiert, das ist für viele der letzte Schlag“, sagt Narkis.

Seither sind die Plätze für seine Seminare innerhalb von Minuten vergeben. Vor allem an Leute aus der Hightech-Branche, Künstler und Musiker, Freiberufler jeglicher Art. Neuerdings fährt er auch in die arabischen Dörfer in Nordisrael. „Das verbindende Element aller ist ihre liberale Einstellung. Was hat ihnen Israel schon zu bieten? Verrückte Lebenshaltungskosten, alle zwei Jahre einen Krieg und das Erstarren der religiös-nationalistischen Kräfte.“

Knapp 45 000 Menschen haben Narkis' wöchentlichen Newsletter abonniert

oder folgen seiner Facebook-Seite. Besonders häufig bekommt Narkis Anfragen nach einem EU-Pass. „Den kann ich natürlich nicht besorgen, dann wäre ich ja ein Schleuser“, sagt er, aber Tipps hat er schon. Zum Beispiel hätten die rund 300 000 Menschen, deren Eltern und Großeltern aus Rumänien eingewandert sind, Anspruch auf einen Pass. Spanien garantiert seit Kurzem sogar allen Nachfahren jener Juden, die im 15. Jahrhundert vertrieben wurden, den spanischen

Pass. Jüdische Medien schätzen ihre Anzahl auf 3,5 Millionen weltweit.

Narkis aber gilt als Verräter. Neulich habe ihn eine Frau, die ihn am Bahnhof erkannte, bespuckt, erzählt er. Zwei ernst klingende Morddrohungen habe er bekommen. Die Vorwürfe, vor allem, wenn sie von Holocaust-Überlebenden kommen, schmerzen. „Ich hasse Israel doch nicht.“ Aber viele liberale Juden haben resigniert. Naor Narkis gehört dazu.

Besuch und Gegenbesuch zum Jahrestag

Deutsch-israelischer Besuchsreigen:

Am 12. Mai 1965 haben die Bundesrepublik und Israel diplomatische Beziehungen aufgenommen. Das Jubiläum feiern beide Länder nun mit gegenseitigen Besuchen. Bundespräsident Joachim Gauck hat gestern in Berlin Israels Staatschef Reuven Rivlin (Bild) zu einer dreitägigen Visite empfangen. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) ist derweil zu einem

zweitägigen Besuch in Israel eingetroffen. In Tel Aviv sprach sie mit ihrem Kollegen Mosche Jaalon über den Ausbau der Sicherheitszusammenarbeit. Am Dienstag ist von der Leyen in Jerusalem

mit Ministerpräsident Benjamin Netanjahu zu einem Gespräch verabredet. Auch die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem und ein Behandlungszentrum für posttraumatische Störungen stehen auf dem Programm.

